

Betriebs-/Beitrags-Kontonummer:

**Hinweis:**

Die Beantwortung der Fragen ist zur Prüfung des Erstattungsanspruchs erforderlich (§ 28o SGB IV; § 98 SGB X); der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber können getrennt Erstattungsanträge einreichen.

(Name/Firma)

Name und Anschrift der Einzugsstelle

Eingangsstempel der Einzugsstelle

Zutreffendes bitte  ankreuzen

**Antrag auf Erstattung zu Unrecht gezahlter Beiträge zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung aus einer Beschäftigung**

Für den Arbeitnehmer

Name, Vorname	Geburtsdatum	Versicherungsnummer
Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort		Beschäftigt vom - bis

wurden an Beiträgen tatsächlich gezahlt (nach Kalenderjahren getrennt):\*

Zeitraum vom	bis	Arbeitsentgelt** DM <input type="checkbox"/> EUR <input type="checkbox"/>	Beitragsgruppe	Arbeitnehmer -/ DM <input type="checkbox"/> EUR <input type="checkbox"/>	Arbeitgeberanteil DM <input type="checkbox"/> EUR <input type="checkbox"/>	Insgesamt DM <input type="checkbox"/> EUR <input type="checkbox"/>
Summe A						

waren an Beiträgen zu zahlen (nach Kalenderjahren getrennt):\*

Zeitraum vom	bis	Arbeitsentgelt** DM <input type="checkbox"/> EUR <input type="checkbox"/>	Beitragsgruppe	Arbeitnehmer -/ DM <input type="checkbox"/> EUR <input type="checkbox"/>	Arbeitgeberanteil DM <input type="checkbox"/> EUR <input type="checkbox"/>	Insgesamt DM <input type="checkbox"/> EUR <input type="checkbox"/>
Summe B						

Erstattungsbeträge (Summe A ./ Summe B)

Grund für die Überzahlung (z.B. Nichtbestehen von Versicherungspflicht, Zugrundelegung eines zu hohen Arbeitsentgeltes)

Die Arbeitnehmeranteile

- werden vom Arbeitgeber ausgezahlt.
- sollen dem Arbeitnehmer überwiesen werden.

- Die Arbeitgeberanteile  Die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile
- sollen überwiesen werden.  sollen dem Beitragskonto gutgeschrieben werden.

Geldinstitut (Arbeitnehmer)

Geldinstitut (Arbeitgeber)

Bankleitzahl

Kontonummer

Bankleitzahl

Kontonummer

oder

oder

BIC (Bank Identifier Code)

BIC (Bank Identifier Code)

IBAN (International Bank Account Number)

IBAN (International Bank Account Number)

\* Bei Änderung des Beitragssatzes innerhalb eines Kalenderjahres sind die Arbeitsentgelte stets aufzuteilen.

\*\* Sofern im Erstattungszeitraum Beiträge sowohl in DM als auch in EUR gezahlt worden sind, sind zwei Anträge auszufüllen.

Vom **Arbeitgeber** auszufüllen

**1** Wurde vom / von Sozialversicherungsträger(n) eine Betriebsprüfung durchgeführt?

nein  ja

Angabe der letzten zwei Prüfungen

Datum der Prüfung

Sozialversicherungsträger

Prüfzeitraum

---



---

Bei Erstattung von Beiträgen in **voller** Höhe bitte die Ziffern 2.1 bis 3 und 5 bis 6 ausfüllen.  
 Bei Erstattung von Beiträgen in **nicht voller** Höhe bitte die Ziffern 4 bis 6 ausfüllen.

**2** Erstattung von Beiträgen in **voller** Höhe (z.B. Nichtbestehen von Versicherungspflicht)

**2.1** Seit Beginn des Erstattungszeitraums sind Leistungen beantragt, bewilligt oder gewährt worden von:

a) der Krankenversicherung für den Arbeitnehmer und/oder seine Familienangehörigen

nein  ja

beantragt am

Art der Leistung

\_\_\_\_\_

bewilligt am

\_\_\_\_\_

gewährt vom - bis

b) der Pflegeversicherung (z.B. Pflegesachleistungen, Kurzzeitpflege, Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegepersonen)

nein  ja

beantragt am

Art der Leistung

\_\_\_\_\_

bewilligt am

\_\_\_\_\_

gewährt vom - bis

c) der Rentenversicherung für den Arbeitnehmer und/oder seine Familienangehörigen (z.B. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben oder Rente)

nein  ja

beantragt am

Art der Leistung

\_\_\_\_\_

bewilligt am

\_\_\_\_\_

gewährt vom - bis

d) der Bundesagentur für Arbeit (z.B. Arbeitslosen-, Kurzarbeiter-, Winterausfallgeld)

nein  ja

beantragt am

Art der Leistung

Agentur für Arbeit / Kundennummer

\_\_\_\_\_

bewilligt am

\_\_\_\_\_

gewährt vom - bis

**2.2** Die zur Rentenversicherung zu Unrecht gezahlten Beiträge sollen dem Rentenversicherungsträger als Beiträge zur freiwilligen Versicherung verbleiben (§ 202 Satz 1 SGB VI)

nein  ja

vom - bis

vom - bis

<b>2.3</b>	Für den Erstattungszeitraum sollen zur Rentenversicherung freiwillige Beiträge nachgezahlt werden (§ 202 Satz 2 SGB VI) <div style="text-align: center; margin-top: 5px;">                     vom - bis <span style="margin-left: 150px;">vom - bis</span> </div> <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
<b>2.4</b>	Der vom Arbeitgeber zurückgeforderte Beitragsanteil zur Rentenversicherung soll vom Versicherten an die Rentenversicherung wieder eingezahlt werden (§ 202 Satz 4 SGB VI)  <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
<b>3</b>	In voller Höhe zu Unrecht gezahlte Beiträge zur Rentenversicherung gelten nach vier Kalenderjahren als zu Recht gezahlte Pflichtbeiträge (§ 26 Abs. 1 Satz 3 SGB IV). Sofern aufgrund der Arbeitgeberprüfung für die übrigen Beiträge ein Beanstandungsschutz entstanden ist (§ 26 Abs. 1 Sätze 1 und 2 SGB IV): Sollen die betroffenen Pflichtbeiträge als zu Recht gezahlte Pflichtbeiträge bestehen bleiben?  <div style="text-align: right; margin-right: 50px;">bei Verzicht für Teilzeiträume: vom -bis</div> <input type="checkbox"/> nein, Verzicht auf Beanstandungsschutz _____  <input type="checkbox"/> ja, Vertrauensschutz
<b>4</b>	Erstattung von Beiträgen in <b>nicht voller</b> Höhe (z.B. Zugrundelegung eines zu hohen Arbeitsentgelts)  Der Arbeitnehmer hat Geldleistungen der Kranken- oder Rentenversicherung erhalten, für deren Bemessung ein zu hohes Arbeitsentgelt zugrunde gelegt wurde:  <div style="text-align: center; margin-top: 10px;">                     Zeitraum der Bescheinigung des Arbeitgebers                      zur Berechnung des Kranken-, Übergangs- oder                      Mutterschaftsgeldes sowie einer Rente <span style="float: right;">vom - bis</span> </div> <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
<b>5</b>	Es liegt ein Bescheid über eine Forderung eines Leistungsträgers (Krankenkasse, Pflegekasse, Rentenversicherungsträger, Agentur für Arbeit) vor:  <div style="text-align: center; margin-top: 10px;">                     vom - bis <span style="margin-left: 50px;">Art der Forderung</span> <span style="float: right;">Leistungsträger</span> </div> <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
<b>6</b>	Die zu Unrecht gezahlten Beiträge sind von einem Dritten (z.B. Ausgleichskasse nach dem Aufwendungsausgleichsgesetz, Berufsgenossenschaft oder Integrationsamt) ersetzt worden:  <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja

Datum	Unterschrift des Arbeitnehmers	Datum	Stempel und Unterschrift des Arbeitgebers
-------	--------------------------------	-------	---

Stellungnahme der Einzugsstelle zum Abgabegrund:

- Entscheidung über das Nichtvorliegen der Versicherungs- bzw. Beitragspflicht liegt bei
- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_

Bei mitarbeitenden Familienangehörigen und GmbH-Gesellschaftern:

Die Entscheidung über das Nichtvorliegen der Versicherungspflicht wurde mit dem für die Betriebsprüfung zuständigen Rentenversicherungsträger

- Deutsche Rentenversicherung Bund
  - Deutsche Rentenversicherung Regional
  - Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See
- abgestimmt.

- Die Entscheidung über das Nichtvorliegen der Versicherungspflicht wurde mit folgenden Einzugsstellen abgestimmt:
- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_

## Erläuterungen zu den Auswirkungen auf die gesetzliche Rentenversicherung

Die Erstattung zu Unrecht gezahlter Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung kann sich für den Versicherten insbesondere nachteilig auf

- die Erfüllung der Wartezeiten (für Renten, Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder Teilhabe am Arbeitsleben),
- die Erfüllung der versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für die Gewährung von Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit (ausreichende Belegungsdichte) sowie
- die Bewertung beitragsfreier und beitragsgeminderter Zeiten

auswirken.

Diese nachteiligen Auswirkungen können zum Teil durch die Umwandlung der in der irrümlichen Annahme der Versicherungspflicht entrichteten Beiträge in freiwillige Rentenversicherungsbeiträge oder Nachzahlung von freiwilligen Rentenversicherungsbeiträgen vermieden werden. Hierfür sieht das Gesetz folgende Möglichkeiten vor:

### **1. Die zu Unrecht gezahlten Pflichtbeiträge werden weder vom Arbeitnehmer noch vom Arbeitgeber zurückgefordert (Ziffer 2.2 des Antrags).**

Sie gelten dann bei Vorliegen der Berechtigung zur Zahlung freiwilliger Beiträge als rechtzeitig gezahlte freiwillige Rentenversicherungsbeiträge.

### **2. Die zu Unrecht gezahlten Pflichtbeiträge werden vom Arbeitnehmer und vom Arbeitgeber zurückgefordert (Ziffer 2.3 des Antrags).**

Der Erstattungsanspruch steht dem zu, der die Rentenversicherungsbeiträge getragen hat. Neben dem Arbeitnehmer hat somit auch der Arbeitgeber einen Erstattungsanspruch. Machen sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber von ihrem Erstattungsrecht Gebrauch, so besteht für den Versicherten über den Rahmen der für freiwillige Rentenversicherungsbeiträge grundsätzlich geltenden Frist (bis zum 31. März des Folgejahres) hinaus eine besondere Berechtigung zur Zahlung freiwilliger Rentenversicherungsbeiträge.

Bei Vorliegen der Versicherungsberechtigung darf der Versicherte für den Erstattungszeitraum innerhalb von drei Monaten, nachdem die Beanstandung der zu Unrecht gezahlten Beiträge unanfechtbar geworden ist, freiwillige Rentenversicherungsbeiträge nachzahlen. Hierbei kann der Versicherte sowohl die Anzahl als auch die Höhe der freiwilligen Beiträge im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten selbst bestimmen.

### **3. Die zu Unrecht gezahlten Pflichtbeiträge werden nur vom Arbeitgeber zurückgefordert (Ziffer 2.4 des Antrags).**

Verzichtet der Arbeitgeber nicht auf seinen Erstattungsanspruch, so hat der Versicherte die Möglichkeit, den dem Arbeitgeber erstatteten Beitragsanteil zur Rentenversicherung wieder (in voller Höhe) einzuzahlen.

Die zu Unrecht gezahlten Pflichtbeiträge gelten dann bei Vorliegen der Berechtigung zur Zahlung freiwilliger Beiträge als rechtzeitig gezahlte freiwillige Rentenversicherungsbeiträge.

### **Durchführung von Arbeitgeberprüfungen (Ziffer 3 des Antrags)**

Sind Pflichtbeiträge in der Rentenversicherung für Zeiten nach dem 31. Dezember 1972 trotz Fehlens der Versicherungspflicht nicht spätestens bei der nächsten Prüfung beim Arbeitgeber beanstandet worden, ist vom Rentenversicherungsträger eine Vertrauensschutzprüfung durchzuführen. Beiträge, die aufgrund des Vertrauensschutzes nicht mehr beanstandet werden dürfen, gelten als zu Recht gezahlte Pflichtbeiträge. Auf den Beanstandungsschutz kann der Arbeitnehmer - auch für Teilzeiträume, dann jedoch nur für volle Kalendermonate - verzichten. Unabhängig von einer Arbeitgeberprüfung gelten Beiträge, die wegen Fehlens der Versicherungspflicht zu Unrecht gezahlt wurden, nach Ablauf von vier Jahren nach dem Kalenderjahr, in dem die Beiträge gezahlt wurden, als zu Recht entrichtete Pflichtbeiträge. Auf diese Fiktion kann nicht verzichtet werden.

Weitere kostenlose Informationen sind beim zuständigen Rentenversicherungsträger, seinen Auskunfts- und Beratungsstellen und Versichertenberater/-innen bzw. Versichertenältesten sowie den örtlichen Versicherungsämtern und den Stadt- und Gemeindeverwaltungen erhältlich.